

# Spangenberg Zeitung.

Beilage für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

### Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.



### Anzeigen

werden die sechsgepaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Seite 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datumsvermerk und Befestigung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.  
Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 115.

Dienstag, den 29. September 1925.

18. Jahrgang.

Wohlthaten, still und rein gegeben,  
Sind Tote die im Grabe leben,  
Sind Blumen, die im Sturm bestehn,  
Sind Sternlein die nicht untergeh'n

## Die Parteien zur Vorkfrage.

Am Vorabend der Rattkonferenz haben in der Stadt Spangenberg drei bedeutende Parteien eine öffentliche Kundgebung gegeben. In Mannheim hielten die Deutsche Volkspartei und in Baden-Württemberg die Deutsche Volkspartei und in Pforzheim die Demokratische Partei einen öffentlichen Parteitag ab. Im Mittelpunkt aller dieser Parteiveranstaltungen stand eine Frage: der Sicherheitspakt, und darüber haben sie eine Bedeutung erhalten, die weiter über die Grenzen eines einzelnen Bezirks hinausreicht.  
Welche Wichtigkeit man in den leitenden Parteien diesen Tagungen beigemessen hat, beweist die Tatsache, daß die Hauptredner führende Politiker waren. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei sprach der Reichsaussenminister Dr. Stresemann selbst. Da er aber durch dringende Geschäfte in Berlin zurückgehalten wurde, sprach an seiner Stelle ein Mann, den man hinzufügen darf, in seinem Auftrage, der Reichsstaatssekretär Dr. Curtius. Er bezieht dabei als Hauptziel der Stresemannschen Außenpolitik die Ausschaltung der französischen Sanktionspolitik am Rhein. Dabei machte er auch einige Mitteilungen über die Ergebnisse der Londoner Juristenkonferenz.  
Es ist nach seiner Darstellung dem deutschen Vertreter in London gelungen, wichtige Gegenstände in der Frage des westlichen Garantiepaktes zu erlangen. Die automatische Garantie Englands für den Fall einer kriegerischen Bedrohung steht nach dem Londoner Ergebnis nicht nur Frankreich, sondern auch uns zur Verfügung. Es sei auch weiter gelungen, zu vereinbaren, daß alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, aus dem Besonderen Friedensvertrag, in Zukunft unter ein Schiedsverfahren fallen sollen, wodurch die Wiederholung der Politik Clemenceaus für die Zukunft ausgeschlossen würde. Ferner wurde die deutsche Delegation einen festen Räumungstermin für Köln und die Abschaffung der Rheinlandbesatzungen fordern. Zur den Artikel 16 (Durchdringung) des Völkerbundes werde eine Auslegung im Sinne des deutschen Memorandums gefordert.

Über den voranschreitenden Gang der Verhandlungen teilte Dr. Curtius mit, daß zunächst eine Konferenz nur mit den Westmächten in Aussicht genommen sei. Es werde dann näheres über eine Konferenz mit den Westmächten folgen und eine Generalkonferenz werde die Ergebnisse beider Konferenzen zusammenfassend zum Abschluß bringen. Die Verhandlungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sollen neben diesen Konferenzen nebenhergehen.

Wie Dr. Curtius in Baden-Württemberg in großen Kreisen das außenpolitische Programm Dr. Stresemanns entwickelte, so brachte in Mannheim der Reichsstaatssekretär Dr. Curtius die Ergebnisse des Memorandums der Deutschen Nationalen in Bezug auf die Sicherheitsfrage auf eine kurze Formel. Bei der Vortragsweise — nur um eine solche darf es sich handeln — sollte festgelegt werden, ob die Gegner überhaupt bereit seien, auch Deutschland Sicherheit zu geben. Der Redner begründete dann im einzelnen die in der von dem Parteitag angenommenen Entschließung überlegten Mindestforderungen der Partei, die sich zum Teil mit den Forderungen anderer Parteien und den bisher von dem Kabinett Luther vertretenen Richtlinien decken. Insbesondere wird in der Entschließung verlangt, daß vor allen etwaigen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt und einen Eintritt in den Völkerbund die amtliche Notifizierung der Westmächte über die amtliche Notifizierung der Westmächte über die Kriegsschuldfrage zu erfolgen habe. Ferner müsse die Räumung der Rheinlandzone vollzogen und die Befestigung der Westmächte des Besatzungsregimes im Rheinland und Westfalen sichergestellt sein. Ein etwaiger Sicherheitsvertrag dürfe sich nur auf die Westgrenze beziehen und niemals ein Verzicht auf deutsches Gebiet enthalten. Der Vertrag müsse die Westmächte verpflichten, die Sicherheit zu gewährleisten und den deutschen Interessen zu entsprechen.

Schutz der deutschen Minderheiten in fremden Ländern, die Rückgabe der Kolonien, die frühere Räumung des Rheingebiets, die frühere Volksabstimmung im Saargebiet und die allgemeine Abklärung. Von diesen Mindestforderungen dürfe unter keinen Umständen abgewichen werden, auf die Gefahr hin, sich in Zukunft nicht mehr an der Regierung zu beteiligen.

Auf dem demokratischen Parteitag in Pforzheim berichtete der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Koch, über die Lage. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die demokratische Partei grundsätzlich alle Bestrebungen begrüßt, die der ehelichen Verständigung und dem auf das Recht begründeten Frieden zwischen den beiden großen Nachbarvölkern des westlichen Europa dienen. Es wird weiter die Erwartung ausgesprochen, daß die Parteiverhandlungen nicht zum Abschluß gebracht werden, wenn nicht eine grundsätzliche Veränderung in den Verhältnissen des besetzten Gebietes eintritt. Die Partei hofft, daß mit dem Abschluß eines Sicherheitspaktes die militärische Besetzung deutschen Bodens Sinn und Zweckberechtigung verliert, insbesondere müßten im besetzten Gebiet nach Abschluß des Sicherheitspaktes die Souveränitätsrechte des Reichs und der Länder am Rhein und die staatsbürgerlichen Grundrechte, die entgegen dem Rheinlandabkommen unübersehbaren Beschränkungen der Besatzungsmacht unterliegen, in vollem Umfange wieder hergestellt werden.

Man darf feststellen, daß sich auch diese Forderung durchaus mit dem deckt, was bisher von Regierungsseite als erstrebenswertes Ziel hingestellt worden ist.

## Um die Kriegsschuldfrage.

### Verzögerung des Konferenzbeginns?

Ueber den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Vorkfrage wird von allen Seiten ein künstlicher Nebel verbreitet. Während nach Pariser Meldungen — die mit Berliner Informationen übereinstimmen — der deutsche Vorkfager v. Hoeßlich schon am Sonnabend die deutsche Antwort übermitteln wollte, erzählt man jetzt, daß es sich dabei nur um eine Unterredung Hoeßlichs mit dem Generalsekretär im französischen auswärtigen Amt, Verholot, gehandelt habe, während der entscheidende Besuch bei Briand erst am Montag erfolgt ist.

Inzwischen erzählt man, daß sich der Konferenzbeginn möglicherweise um etwa eine Woche hinausziehen werde, angeblich wegen der schwierigen „technischen“ Vorbereitungen. In Wahrheit scheint es sich dabei um ein diplomatisches Zwischenstück wegen der Kriegsschuldfrage zu handeln.

Die deutschen Vorkfager in Paris, London und Brüssel scheinen bei der Ueberzeugung der deutschen Antwort gewisse deutsche Forderungen in Sachen der Schuldfrage erhoben zu haben, über die die Westmächte erst einen Meinungsaustausch wünschen. Aus diesem Grunde ist auch die Veröffentlichung der deutschen Antwort auf Mittwoch verschoben worden.

### Paris winkt ab.

Während von deutscher Seite über die Angelegenheit noch keine bestimmten Meldungen vorliegen, glauben die Pariser Zeitungen schon ganz genaue Angaben machen zu können, die allerdings wohl zum Teil den Tatsachen vorangeht und nur zu dem Zweck gemacht worden sind, um die deutschen Forderungen irgendwie abtun zu können.

Es befaßte der „Matin“, Herr v. Hoeßlich habe schon in der Unterredung mit Verholot (!) mitgeteilt, daß Deutschland auf der Ministerkonferenz wie auch später bei seinem Eintritt in den Völkerbund in Bezug auf einen ausführlichen Vorbehalt moralischer Art hinsichtlich der Kriegsschuldfrage machen werde.

Der „Matin“ vertritt dabei die Ansicht, daß man die Abgabe eines derartigen Vorbehaltes zulassen könne, der aber unbedingt einseitig bleiben müsse. Die Alliierten dürften selbst im günstigsten Falle keine Antwort darauf erteilen.

Nach der „Temps“ glaubt, daß die Frage der Kriegsschuldfrage in der deutschen Antwort eine Hauptrolle gespielt habe. Da das Blatt gern zu halbamtlichen Erklärungen bemüht wird, ist es bemerkenswert, was es zu diesem Punkte zu sagen hat. Es schreibt:

Man verlange von Deutschland nicht ein neues Zugeständnis seiner Verantwortung für den Krieg als Bedingung für seinen Eintritt in den Völkerbund. Aber diese Verantwortung sei in Artikel 231 des Friedensvertrages festgelegt und kein Widerruf könne die Wirkung dieses von Deutschland gemachten Schuldbekenntnisses verringern. Keine Macht sei in der Lage, diesen Artikel 231 aufzuheben, der es auch vollkommen rechtfertigt, von den für den Krieg verantwortlichen Nationen die Reparationen zu verlangen, die ihnen von den Alliierten anferlegt worden seien.

Was die Räumung der Kölner Zone anbetreffe, so sehe man nicht, welche Versicherung Deutschland gegeben werden könnte, da es allein von ihm abhängt, daß die erste rheinische Besatzungszone von den Alliierten verlassen werde.

## Caillaux' neuer Zahlungsplan.

### Americas Eifer sucht auf England.

Das Barometer der französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen steht dauernd auf „veränderlich“. Nach einem Sonderbericht des „Matin“ gingen die beiderseitigen Forderungen zunächst sehr weit auseinander. Caillaux habe insgesamt 4 Milliarden Dollar angeboten, man verlange aber von ihm mit den Zinsen mehr als 7 Milliarden. Auch über die ersten Jahreszahlungen sei man verschiedener Ansicht. Insbesondere wollten die Amerikaner nicht schlechter gestellt sein als England. In diesem Punkte scheint Caillaux inzwischen schon eingesehen zu haben, daß es ein schwerer Fehler war, über London nach Washington zu reisen. Er hat dementsprechend schon einen Frontwechsel vorgenommen und in privaten Unterredungen zu verstehen gegeben, daß keine Zahlung an England geleistet und auch kein Abkommen mit ihm getroffen werde ohne die gleiche Zahlung und das gleiche Abkommen America gegenüber.

Nach dem Sonderberichterstattung des „Petit Parisien“ wird Caillaux jetzt vorschlagen, daß die ersten Jahreszahlungen von 25 Millionen Dollar auf 30 Millionen, sogar auf 35 Millionen erhöht werden, bis schließlich 100 Millionen Dollar, fast der 90 Millionen Dollar, wie sie in seinem ersten Vorschlag enthalten waren, erreicht würden.

Die eventuelle Prüfung der Zahlungsfähigkeit Frankreichs werde aber für den Fall gefordert, daß der Dawes-Plan nicht mehr funktionieren werde. Ueber diese letztere Frage habe Caillaux mit den amerikanischen Delegierten bis jetzt nur nichtamtlich gesprochen.

## Zeche Haniel unter Wasser.

Der Schacht völlig zerstört. — Keine Menschenopfer. Auf der neuen, noch im Bau begriffenen Schachtanlage Franz Haniel I und II der Gute Hoffnungshütte, Bortrop, erfolgte in dem 550 Meter tiefen Schacht II bei 75 Meter Tiefe ein Schiffsanstand durchbruch. Der Schacht war seinerzeit nach dem Gefrierverfahren abgetaucht worden. Das Abtauchen war Ende August 1925 beendet. Der Schacht sollte jetzt für die Inbetriebnahme fertiggestellt werden.

Bemerklich durch Bruch einer Schachtmauer ergossen sich größere Schwammfandmengen in den Schacht, und der Schacht kürzte in seinem oberen Teil ein.



Zum Unglück auf der Zeche Haniel bei Sterkrade.



Im Schacht selbst war zur Zeit des Durchbruchs niemand beschäftigt. Abgegeben von einem Leichterlegel ist bei dem Unglück niemand zu Schaden gekommen. Die Vertreter der Bergbehörden waren sofort nach dem Unglück zur Stelle. Die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sind an Ort und Stelle getroffen worden. Von einer Gefährdung der Nachbargassen ist keine Rede. Auch der Schacht 1 der Schachtanlage Franz Daniel ist nicht in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Einsturzstätte bietet ein Bild großer Verwüstung. Der Schaden geht in die Millionen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. September 1925.  
— Der französische Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, General Guillaumat, hat einem Vertreter des „Journal“ in Mainz erklärt, daß es zweckmäßig sei, wenn während der Dauer der Rheinlandbesetzung die französischen Besatzungstruppen stets im besetzten Gebiet verankert würden.

— Reichsfinanzpräsident Dr. Schacht beschließt, demnächst nach Amerika zu reisen, doch steht der genaue Zeitpunkt noch nicht fest.

— Die Verhandlungen mit einer New Yorker Finanzgruppe wegen Uebernahme einer bayerischen Staatsanleihe haben nunmehr ihren Abschluß gefunden. Es handelt sich um eine sechsprozentige Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar, die zum Kurse von 89 ausgegeben werden soll.

— Der gewerbliche Ausschuss soll auf einer demnächst im Haag zusammenzutretenden internationalen Konferenz einer Revision unterzogen werden. Es handelt sich dabei um drei verschiedene Abkommen, an denen auch Deutschland beteiligt ist. Die Konferenz wird einen sehr umfangreichen Arbeitsstoff zu bewältigen haben. Unter anderem wird es sich darum handeln, den lästigen Ausführungszwang für Patente einzuschränken, den Schutz auf internationalen Messen und Ausstellungen zu regeln, die Möglichkeit einer internationalen Hinterlegung von Geschäftsmodellen einzuführen u. a. m. Der deutschen Delegation wird voraussichtlich der deutsche Gesandte im Haag angehören, ferner der Präsident des Reichspatentamtes, v. Specht.

— Gegen die Fittelsucht wendet sich ein Bescheid, den der preussische Handelsminister dem Hauptverband der deutschen Optikervereinigungen auf eine Eingabe erteilt hat, in der die Verleihung des Titels „Diplom-Optiker“ gefordert wurde. In der Antwort des Ministers wird ausgeführt, daß bei Einführung dieses Titels auch alle übrigen Handwerker entsprechende Diplome beantragen könnten, was dem Ansehen des Handwerks wohl nicht dienlich wäre. Zum Schluß heißt es: „Jedenfalls ist es entschlossen, preussischen Fachschulen nicht das Recht zuzugestehen, Diplome zu verleihen, und werde demgemäß die Führung eines solchen Titels, sofern er auf einer außerpreussischen Fachschule erworben sein sollte, in Preußen unterbinden.“

— Der Reichsbund der Kinderreichen veranstaltete in Essen für die Provinzialverbände Rheinland und Westfalen unter harter Beteiligung eine Kundgebung. Nach einem Vortrag des Medizinalrats Dr. Engelmann aus Kiel gelangte eine Entschließung einstimmig zur Annahme, in der sie bessere Maßnahmen zum Schutze der kinderreichen Familien und Vereinfachung aller verfügbaren Mittel (Wohn- und Geld) zum Bau von Wohnheimstätten und Siedlungen für kinderreiche Familien fordert, ferner Schutzmaßnahmen bei Bekämpfung der Zwangswirtschaft im Wohnungsweisen und bei besonderer Berücksichtigung bei Einführung von direkten Steuern.

## Rundschau im Auslande.

— Wie aus Warschau gemeldet wird, ist in Warschau eine große Spionageaffäre in Eisenbahntreibern zugunsten Litauens entdekt worden.

— Unter dem Vorhitz des russischen Volkstommissars Tschichirin soll am Mittwoch in Berlin eine Konferenz der russischen Volkshüter zusammenzutreten, die sich mit der Reorganisation des Aufendienstes befassen soll.

— An diesem Dienstag beginnt in Liverpool der Parteilager der englischen Arbeiterpartei, der voraussichtlich eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten bringen wird.

— Herriot für eine Politik des „unauslöschlichen Edelmates“.

— Der frühere französische Ministerpräsident und letzte Kammerpräsident Herriot hielt in Mont-de-Marian im Departement Landes bei einer von der Radikalen Partei veranstalteten politischen Kundgebung eine bedeutsame politische Rede, in der er u. a. die Finanzpolitik des Kartells der Linken lebhaft verteidigte. Er erklärte, diejenigen, welche alle Schwierigkeiten für die jetzige Periode aufbewahrt hätten, hätten kein Recht, das Kartell der Linken dafür verantwortlich zu machen. Gegen die Sicherheitspartikonferenz der Regierung sei nicht das geringste einzuwenden. Die Diskussionen würden lang und schwierig sein. Man lehne zu der in Cannes unterzeichneten Politik zurück. Dann ging Herriot kurz auf die Lage in Syrien und Marokko ein und verteidigte Frankreich gegen den Vorwurf, Grausamkeiten in Marokko begangen zu haben. Zum Schluß erwähnte er die Vereinigung der republikanischen Linken und die Regierung, eine „Politik des unauslöschlichen Edelmates“ zu betreiben.

— Die Kriegesjahre im Mossulgebiet.

— Der aus Genf nach London zurückgekehrte englische Kolonialsekretär Amery bemüht sich, in der Mossulfrage abzuwiegeln. Er erklärte einem New Yorker Vertreter, es liege kein vernünftiger Grund vor, weshalb jemand von einem Kriege mit der Türkei wegen Mossuls oder nur von der Wichtigkeit eines solchen sprechen sollte. Weiterhin erklärte er die sogenannten türkischen Angebote für unannehmbar. — Die englische Presse betrachtet die Lage weniger optimistisch. So führt das Londoner Sonntagsblatt „Observer“ in einem Beiratsartikel aus, der Türkei Mossul streitig zu machen, heiße ihr das Recht zu beschränken, im eigenen Lande zu herrschen. Wenn dieses Recht ihr verweigert werde, bedeuete das den Krieg oder die Saat für künftiges Blutvergießen.

## Schlusssdienst.

Die Sicherheitskonferenz doch am 5. Oktober?

— London, 29. Sept. Nach einer Meldung des amtlichen englischen Fundiertes soll die Sicherheitskonferenz voraussichtlich doch in Locarno stattfinden und am 5. Oktober beginnen.

— Von seinen Eöhnen ermordet.

— Mühlheim (Ruhr), 29. Sept. Als im betachtbaren Heizen der 58-jährige Gärtner Rosen von seiner Arbeitsstätte nach Hause zurückkehrte, wurde er von seinen beiden Eöhnen auf grausame Weise ermordet. Der 25-jährige Sohn brachte dem Vater einen Schlag mit dem Hammer auf den Kopf bei, während der Vater die Schube auslag. Der 15-jährige zweite Sohn soll dann dem Vater mit dem Brotmesser die Kehle durchgeschnitten haben. Beide Eöhne stellten sich eine Stunde nach der Tat der Polizei.

## Das Wohnungsproblem.

— Berlin, den 28. September 1925.

— Aus dem Preussischen Landtag.

In der heute fortgesetzten Aussprache über das Wohnungs- und Siedlungsproblem in der ersten Sitzung des Ausschusses (Komm.) die Verleihung der Staatsangehörigkeit. Abg. Socie (Wiesbaden (Soz.)) trat für Verbesserung des Bauarbeiter-schutzes ein und behauptete die Freigabe der Wohnungswirtschaft. Demgegenüber betonte Abg. Schindler (Dnt.), daß nur die freie Wirtschaft ausreichende Wohnungen und neue Arbeitsgelegenheit beschaffen könne.

Ministerdirektor Conte hob hervor, daß erhebliche Ueberhörsätze der Hauszinssteuer des Vorjahres die besondere Berücksichtigung der arbeitsreichen Familien ermöglichen. Bezüglich des Schutzes der Bauarbeiter wolle das Reich auf diesem Gebiete die Führung haben; ein Entwurf liege vor, den die Länder nur begutachten könnten. Eigene Wege könnten sie daher jetzt nicht gehen. Die staatlichen Baukontrollen seien nur noch in sehr geringer Zahl vorhanden; die übrigen Baukontrollen seien gemeinnützlich von ihnen seien nur etwa 100 abgebaut worden. Nach der amtlichen Statistik seien in dem Jahre vom 1. Oktober 1923 bis 1. Oktober 1924 fertiggestellt worden 55 200 Wohnungen, im Bau begriffen waren in demselben Zeitraum 58 200 Wohnungen.

Im weiteren Verlaufe der Aussprache begründete Abg. Lodenborff (Wirtsch. Soz.) in längerer Ausführungen den Antrag seiner Fraktion auf Auflösung des Wohnungswirtschaftsausschusses, wobei er auf die Mängel bei Siedlungsgelegenheiten hinwies.

Ministerdirektor ging auf verschiedene in der Aussprache vorgebrachte Wünsche und Beschwerden ein und verteidigte die gemeinnützigsten Genossenschaften gegen die Angriffe des Abg. Lodenborff.

## Poliales.

Gedenktage für den 30. September.

1818 Beginn des Wiener Kongresses (bis 21. November) — 1857 \* Der Dichter Herin. Sudermann zu Mariken in Sturupen — 1870 Beginn des Generals o. Werder in das 1681 von Ludwig XIV. am selben Tage errichtete Straßburg — 1921 Auflösung der wirtschaftlichen Funktionen der Entente.

Sonne: Aufgang 5,57, Untergang 5,42.  
Mond: Aufgang 5,26, Untergang 3,8.

## Der Oktober.

Ueber den Monat Oktober und die nach ihm zu erwartenden Herbstferien und das Erntedankfest geht es in den Oktober hinein. Die Sonne verliert an Kraft, und die Hausfrau braucht nicht mehr für ihre Gardinen und Teppiche zu fürchten. Die Kartoffelernte steht bald im Vordergrund. Die Schullinge können da mitwirken und sich zur Belohnung die im dünnen Kartoffelkraut gebotenen Kartoffeln erwerben, deren Duft sich in den Oktobertagen weit in auf den Feldern bemerkbar macht. Außer den Landwirten feiert ja mancher Schrebergärtner seine Ernte. Es ist ein verkleinertes Bild, wie vor 40-80 Jahren, wo die meisten Mittel- und besonders die Kleinlände etwas Delonome hatten, die sie später aufgaben, weil sie die Kartoffeln billiger erstanden, als selbst bauen.

Die Lampe erscheint nun schon gegen 6 Uhr auf dem Tisch, wenn man der Gewohnheit wegen nicht verzichtet, noch ein Stündchen zu verplaudern. Die Lichtrechnung kann jetzt reichlich hoch werden. Die langen Abende sind da, aber auch die freundliche Geselligkeit. Die Gastwirte lassen es sich nicht nehmen, ihren Stammgästen eine Abendmahlszeit zu bieten. Die vier Wenzel kommen danach zu ihrem Recht. Für das „Hausgeschloß“ ist der Oktober noch zu getrig, erst der November wird die Speisekammer und den Kochschaff füllen. Freilich dem nur, der — über die ausreichenden Mittel verfügt.

## Handelstest.

— Berlin, den 28. September 1925.

Am Erntemarkt recht unsicherer Wochenanfang bei fortwährend hohem Tonen. Vereinzelt Kursaufbewegungen, jedoch nur in geringer Begrenzung. — Rentenmarkt fester. Kriegsanleihe vorübergehend auf 0,2450 gestiegen.

Der Verlauf des Produktmarktes war besonders schwach und veranlaßte sich dabei der starke Preisrückgang, den Nordamerika und England mitteilen, nicht entsprechend auszubringen. Die Umsätze von Brotgetreide, Weizen und Futtermitteln hielten sich in allenfalls Grenzen, die Forderungen lagen etwas niedriger als am Sonnabend.

## Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 202-207, Roggen März 148-153, Sommergerste 206-210, Wintergerste 170-175, Hafer März 172-180, Mais loco Berlin —, Weizenmehl 27,50 bis 31,25, Roggenmehl 22-24, Weizenklein 10, Roggenklein 9,20, Waps 342, Getreide —, Bistortalerbisen 26 Pelusiten —, Aderbohnen —, Futtererbsen 21-24, Weizen —, gelbe —, Erbsen —, Weizen —, Wapsfuchen 15, Weizenfuchen 21, Trockenfischel 11,40, Sojabrot 20,30, Lormehl 30-70-8,20, Kartoffelflocken 12.

## Volkswirtschaft.

Wochenbericht der Preisoberaufsicht beim Deutschen Landwirtschaftsverband. Die politische Konkurrenz übt auch

weiterhin ihren so schwächenden Einfluß auf das Getreidegeschäft aus. Wenn auch von Seiten des Getreidekaufmanns nach Deutschland kein so großes Interesse besteht, so werden doch die politischen Verhältnisse in Deutschland sich so gestalten, daß die deutsche Kaufmannschaft für seinen ersten Versuch, die deutsche Weizen- und Roggenproduktion zu vergrößern, die nötigen Mittel zu beschaffen, sich bemühen wird. Die deutsche Kaufmannschaft wird in diesem Zusammenhang die nötigen Mittel zu beschaffen, sich bemühen wird. Die deutsche Kaufmannschaft wird in diesem Zusammenhang die nötigen Mittel zu beschaffen, sich bemühen wird.

## Rundfunk.

× Welle 0,7477. Wie man aus Amerika weiß, beabsichtigt Staatssekretär Hoover in allererster Zukunft, 18 000 neue Erlaubnisse für den Rundfunk zu erteilen. Es soll damit der Empfang des Rundfunks allgemein ermöglicht werden. Zunächst soll die Frequenz mit Wellen unter einem Meter, und zwar von 200 bis 0,7496 feststehen. Kommt man mit dieser Frequenz zurecht, dann hätte man die Frage der Wellen für die ganze Welt ihrer Lösung nahegekommen.

× Die Zahl der amerikanischen Telefonleitungen wächst sich zurzeit auf insgesamt 570 Millionen an. In den nächsten Jahren werden sich weitere Anträge für die Genehmigung neuer Leitungen erwarten lassen.

## Sport.

× Niederhämmerter Wierhofer der Borussia, die dem am vorletzten Sonntag die Berliner Borussia herabgeschossen hatten, war am letzten Sonntag das größte Borussia höchst unwohl. Sie unterlagen gegen Hertha-Breslau mit 1:6.

× Von dem deutschen Meister Dr. Pelzer-Straßburg über 440 Yards und eine halbe englische Meile in 50 Sekunden.

× Bei der Radrennfahrt „Rund um Leipzig“ am vergangenen Sonntag verlor Pelzer-Straßburg in einem harten Kampf den Straßenmeister Richard Gucke sowie Pelzer-Straßburg und Karl Koch auf die Plätze. Das Rennen über 239,6 Kilometer hatte folgendes Ergebnis: 1. Nürnberg 8:46:35, 2. Gucke, 3. Mar. Uster, 4. Rennen war Erster M. Schmidt-Dresden (7:53:20).

× Deutscher Motorrad-Wettbewerb. Nachdem am Sonntag vormittag bei dem Abzirkeln in Berlin in den kleineren Klassen die Siegerleistungen sämtlich von ausländischen Fabrikaten eingeheimelt waren, konnte es umso mehr erregend sein, daß bei dem Nachmittagsrennen die deutsche Produktion einen großen und guten Erfolg verbuchen konnte. Der höchste deutsche Erfolg des Tages trug den Namen des Bayerischen Motorclubs durch Köppen-Berlin davon. Köppen erzielte in 2:42:10 eine Stundenleistung von 116,5 Stundenkilometern.

× Zwei neue Rekorde sind auf der Strecke Köpenick-Moskau aufgestellt worden. Der Flieger Wagner flog bei 1200 Kilometer langer Strecke in fünf Stunden 29 Minuten und brachte zum Aufstieg nur fünf Stunden 12 Minuten. Die Flugplanmäßige Zeit beträgt 10 1/2 Stunden.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 29. September 1925

§ Einrichtung von Schulspartassen. Um bei Sparsinn bei der Jugend zu heben, weist das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Verordnungsblatt den Wichtigkeit der Errichtung von Schulspartassen auf die Wichtigkeit der Errichtung von Schulspartassen hin, die durch den Krieg und Inflation gezeugen worden, ihren Betrieb zu stellen. Das Ministerium betont, daß die Errichtung von Schulspartassen nicht nur vom Standpunkte der Erziehung, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkte aus erwünscht sei, da die Verarmung unseres Volkes und die dadurch herbeigeführte Lage der wirtschaftlichen Kräfte die Ansammlung von Kapital in allen großen und kleinen Mitteln zur Verlebung der Wirtschaft unentbehrlich erscheinen läßt. Allerdings soll Zwang ausgeübt, sondern die Förderung der Schulspartassen durch den freiwilligen Willen der Beteiligten überlassen werden, denen auch die notwendigen Spartassenstellen freigelegt wird. Der Erlass weist darauf hin, daß sich in dieser Hinsicht nicht nur die Lehrerschaft, sondern auch für die Elternvereine ein weiteres Feld fruchtbringender Betätigung der Schulspartassen bei dem Betrieb der Schulspartassen kann nur eine rein freiwillige sein. Es soll darauf geachtet werden, daß die Lehrer für die Verlebung der Schulspartassen keine Einzelmaßnahmen ergreifen, sondern auf dem Gebiete der Schulspartassen keinerlei Einzelmaßnahmen ergreifen, sondern auf dem Gebiete der Schulspartassen keine Einzelmaßnahmen ergreifen, sondern auf dem Gebiete der Schulspartassen keine Einzelmaßnahmen ergreifen.

— Getränkesteuer. Der preussische Finanzminister und der Minister des Innern machen in einem Rundschreiben die Änderungen aufmerklich, die nach § 8 Nr. 6 des Reichsgesetzes über Änderungen des Steuerrechts ausgleichs zwischen Kreis, Ländern und Gemeinden der 10. August 1925 hinsichtlich der Verordnung des örtlichen Verbrauchs von Getränken vorsehen. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab dürfen, worauf ein Rundschreiben des preussischen Finanzministers und des Ministers des Innern noch besonders hinweist, die Gemeinden und Kreise



...den Verbrauch, von Mineralwässern und künstlich be-  
weilten Getränken nicht mehr bestanden. Gemeinden und  
Kreis, die am 1. September 1925 kommunale Getränke-  
steuer nicht erheben, dürfen solche nicht neu einführen,  
bereits bestehende nicht über die am 1. September 1925  
festgesetzte Höhe hinaus erhöhen. Die bis 1. September  
bestehenden Steuern der Gemeinden und Kreise  
weiterzuführen. Der Verbrauch von Getränken dürfen nur  
auf den örtlichen Verbrauch von Getränken beschränkt  
bleiben. Bis 31. März 1927 erhoben werden. Diese Vorschriften  
gelten auch auf die Besteuerung des Bieres.

**Wieder Seife und Handtücher auf der  
Eisenbahn.** In fünf D-Zugpaaren werden, wie die  
Eisenbahnkontrolle für Deutsche Verkehrsverwaltung mitteilt,  
Seife und Handtücher versuchsweise schon seit längerer  
Zeit mitgeführt. Für die Aborte in den F.-D.-Zügen ist  
die Mitführung neuerdings angeordnet worden. Bewähren  
sich die Eisenhändler, und werden die Handtücher nicht  
weiter anzuwenden, so besteht Aussicht, daß sämtliche D-Züge  
während des Winters wieder mit diesen Utensilien ausge-  
stattet werden.

**Offene Postsendungen.** Postkarten und Druck-  
sachen, die dem Empfänger ausgehändigt sind, dürfen nicht  
mit einem Verweigerungsvermerk versehen und in einen  
Briefkasten gelegt werden. Geht die Postkarte in einen  
Briefkasten, so ist der Absender zu bestrafen, son-  
dern führt sie dem Adressaten wieder zu. Dagegen ist es  
nicht strafbar, derartige Sendungen an vorübergehendem  
Aufenthaltsort abwesende Empfänger mit einem Nach-  
sendungsvermerk zu versehen, und sie durch den Brief-  
träger wieder aufzuliefern. Sie werden ohne Anschlag von  
Nachgebühren weiterbefördert; nur wenn eine solche Sen-  
dung aus dem Wohnsitz des Empfängers selbst herrührt,  
wird sie vor der Nachsendung mit dem Unterschie-  
den der Preis- und der Ferngebühr belastet.

**Der Winterfahrplan tritt am 4. Oktober  
in Kraft.** Schon jetzt ist die Winterausgabe der Storm-  
kurzbücher erschienen. Neben dem Storm-Kurzbuch Reich  
(4) hat sich in unserem Verkehrsgebiet der Storm  
Mitteldeutschland (1,50) sehr gut eingeführt. Da der  
Winterfahrplan auf vielen Strecken zum Teil erhebliche  
Änderungen bringt, empfiehlt sich sofortige Anschaffung  
des neuen Kurzbüchchens.

**Die Herabsetzung der Lebensmittelpreisen  
bei der Deutschen Reichsbahn** bezieht sich auf  
Zugwaren, Suppenfabrikate, Früchte, Seefische, Muscheln,  
Butter, Schmalz, Margarine, Feite, Öle, Käse, Brot,  
Gerste und Kartoffeln, dagegen nicht auf Vieh, das  
in einem besonderen Frachttarif geführt wird.

**Wiggenhausen.** Der Landwirtschaftliche Kreisverein  
Wiggenhausen hat angesichts der trostlosen Lage der Land-  
wirtschaft einen dringenden Antrag an den Reichspräsi-  
denten gerichtet, worin er auf die furchtbare Not der deutschen  
Landwirtschaft hinweist und einschneidende Maßnahmen von  
der Reichsleitung verlangt, wenn nicht die ganze Land-  
wirtschaft zusammenbrechen soll. Es heißt in dem Schreiben  
u. a.: „Der Zusammenbruch der Landwirtschaft ist ganz  
nahe, er wird umso furchtbarer werden, weil die Massen  
des Volkes, ja die Mehrzahl der Nachbeteiligten, sich die  
ganze Größe der Gefahr und Not noch gar nicht klar  
bewußt. Unsere Landwirtschaft, die Groß- und Mittelbe-  
trieb so gut wie der bäuerliche, sind verschuldet bis aufs  
äußere, trotz der vermeintlichen Hypothekentilgung.  
Die der Landwirtschaft zugehächte und von ihr leihhaft  
aufgegriffene Aufgabe, des Vaterlandes Bedarf an Brot  
und Fleisch aus eigener Kraft zu decken, ist unerfüllbar,  
wenn nicht drei Vorbedingungen erfüllt sind: Beschränkung  
der Umkosten, vor allem der Steuern und Löhne auf das  
mögliche Maß, Gewährung von ausreichenden Krediten zu  
einem Zinsfuß, der den Gesetzen der Landwirtschaft ange-  
messene ist, und endlich Befreiung aller Wagniskapitalen  
teilens der Getreidebörsen und des Fäbrikkapitals, die auf  
unnatürliche Senkung der Preise landwirtschaftlicher Er-  
zeugnisse abzielen...“ Nachdem dann Berechnungen über  
die Herstellungskosten und Preise der einzelnen landwirt-  
schaftlichen Erzeugnisse aufgeführt werden, heißt es zum  
Schluß: „Wir fordern 1. Es ist zunächst sofortiges Ver-  
bot des Fernhandels und sämtlicher Leerverkäufe an  
den Reichsregierung in Verbindung mit der produzierenden  
Landwirtschaft entsprechend ihrer einzigartigen Bedeutung  
für den Volkseifer, insbesondere dem Bedürfnis der  
Brotverbraucher, ihren ganzen Einfluß dafür geltend zu  
machen, daß die Grundpreise der landwirtschaftlichen Er-  
zeugnisse den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden.“

**Frankenberg.** Im benachbarten Birkenbrunnen  
wurde die in den letzten Jahren fehlende Ehefrau des  
Landwirts Naumann von einer Kuh derart mit den  
Hörnern vor den Leib gestoßen, daß sie noch in derselben  
Nacht an inneren Verletzungen unter qualvollen Schmer-  
zen starb.

**Wernshausen.** Paralyse wurde hier in vier  
Fällen durch den Keisrat festgestellt. Die bakteriologische  
Untersuchung bestätigte die Feststellung.

**Unsere erste Fahrt ins Blaue.**  
(Jugendkreis des Turnvereins „Frober Mut“)  
Heute Morgen früh um halbacht  
ging's los nach dem Bahnhof mit Spiel und Gesang.  
Heil was uns das allen eine Freunde macht,  
Wie das so lustig sang.  
Als in Bischofshode wir kamen an  
Stellt sich heraus, daß unser Führermann  
Kompagn und Begleiter vergessen hat.  
Doch nahm daran unser Freude keinen Schaden.  
Frisch bot als Führer losgleich sich an.  
Weil, wie er sagte in diesem Land  
Ihm Weg und Leute wohlbekannt.  
Und richtig kamen wir auch an den Tanzbuden an.

Von hier kann man, wie wunderbar,  
Ein großes Bild sich erschauen.  
Weit hinten am Horizont war's sogar,  
Als wärs Schloß von Spangenberg da hineingehauen.

Drauf hielten wir noch kurze Paß  
Und schickten dann der Geleiten vier  
Nach Reichenbach voraus in Hof,  
Zu holen uns einen Eimer voll „Bier“.  
Doch weil wir ja Antifosfolier sind  
Sagte der eine: „Ihr lieben Kind'  
Ihr seid rechte Knick'  
Nehmt lieber vorlieb mit schöner Milch“.

Das taten sie dann auch und brachten gar schnell,  
Daß nicht all täuschlich leise und fein.  
Den Eimer voll Milch grad zu der Stell  
An der wir lagerten, am großen Stein“.

S'isfotlo und s'Martja vom Goldhennet,  
Die tochten uns Griesbried so dam,  
Er schmiedet allen viel schmer  
Als wenn wir zu Hause ihn hant“.

Drei Eimer und Milch und Gries eine Menge  
Und nicht zu vergessen vom Zucker gar viel.  
Wenn der nicht schmiedet, verbriebe Sänge,  
Das sagt' uns der Walter und s'Veni Diehl.

Nach Tisch die Jungen mußten laufen  
Durch den Wald über Stod und Stein.  
Sie konnten, als sie kamen, tam noch schnaufen. —  
Gott sei Dank, brach keiner ein Bein.

Unterdesen mühen die Mädchen  
Die Näschen, vom Griesbried wieder rein;  
Das ging, als wie am fächeln,  
Und keine feil ins Wasser hinein.

Nun erletterten wir den „großen Stein“  
Und lugten aus in die Wunde.  
„Hier ist es wirklich wunde sein“  
Kam es aus aller Munde.

Unser Führer erklärte: „Seht an, wie schön,  
Dort steht der Meijner, da hinten die Rhön,  
Und ganz weit feilich, wie eine Puppe,  
Erhebt sich die Wassertuppe“.

Wir standen lange und schauten sie an  
Unsere schönen heissen Bergiesen,  
Und hingen dann wieder frühlich hinan  
Auf die lustigen, grünen Wiesen.

Jetzt wurde geturt, geklettert, gesprungen,  
Freiübungen gemacht, getanzt und gesungen.  
Und als nun der Wagen wieder Rabau  
Wurde flugs noch einmal gedocht — Kätao.

Dann gingen nach einem nochmaligen Schmaus,  
Froh, munter und zufrieden nach Haus.  
Mit Spiel und Sang beim Glodenklang,  
Kamen wir um halbacht in Spangenberg wieder an.

Hier schieden wir mit fröhlichem „Heil“  
Auseinander und gingen heim.  
Hoffentlich verläuft nun keiner  
Unsere zweite Fahrt nach dem Alheimer!

Venne Knoll.

### Aus Stadt und Land.

**Verkauf der Stinnes-Hotels.** Die beiden zum  
Stinnes-Konzern gehörenden Hotels, Esplanade in  
Berlin und Atlantic in Hamburg, werden in den  
Besitz einer Hotelgruppe übergehen, die aus der  
Coxton-Company, London, und Schröder Brenner,  
Baden-Baden (Kremer Hotel-Konzern) besteht. Die  
Verhandlungen stehen vor dem Abschluß. Die Ueber-  
nahme soll am 1. Dezember d. J. erfolgen. Als  
Kaufpreis wird eine Summe von 12 Millionen ge-  
nannt.

**Die täglichen Brandstiftungen.** Die Reichs-  
haushaltsstadt wird selbst an den Sonntagen von dem  
gefährlichen Freiben der Brandstifter nicht verschont.  
Am verfluchten Sonntag waren abermals zwei Fälle  
von vorsätzlicher Brandlegung zu verzeichnen. Die  
Tage zuvor unter dem dringenden Verdacht der Brand-  
stiftung verhafteten beiden Bettler bestreiten nach wie  
vor ganz entschieden, an irgendeiner der Brandstif-  
tungen beteiligt zu sein. Sie bleiben vorläufig noch  
in Haft.

**Anfolge norddeutscher Ueberzeugung** schritt in Ber-  
lin ein kriegsverlehter Ingenieur zu einer schred-  
lichen Verweigerung. Er benutzte dazu ein altes  
russisches Infanteriegewehr. Am Abzug befestigte er  
die Schur einer elektrischen Lampe und ließ dann  
die Waffe ab, indem er mit dem Fuß in eine Schlaufe  
der Schur trat und sich über die Gemeinbildung  
beugte. Der Schuß ging ihm in die linke Brustseite,  
trat an der rechten Schulter wieder heraus und fuhr  
dann in die Decke. Infolge einer sehr erheblichen  
Verletzung im Rücken trat der Tod ein.

**Ueberwältigende Wirkung des „Bettlerschicks“.**  
Wie in zahlstreich anderen Gemeinden war man auch  
in Harb bei Magdeburg dazu übergegangen, zwecks  
Eindämmung des Bettlertums sogenannte Gut-  
scheine, auch Bettlerschicks genannt, einzuführen. Schon  
gleich nach der Einführung dieser „Bettlerschicks“ ging  
der Fremdenverkehr, der vordem sehr erheblich war,  
ganz bedeutend zurück, eine „Abwanderung“, die man  
in Darby als eine wahre Erfindung empfindet.

**Vorwurf im Schaufenster.** Man wird nicht  
müde, neue Mittel und Wege zu erfinden, um das  
taufende Publikum anzulocken. In Wittenhausen  
(Hüringen) verfiel ein Geschäftsinhaber auf den Ge-  
danken, anständig einer Verbewoche in seiner Schau-  
fensterauslage — Vorkämpfe zu veranlassen. Die  
Verweise brachte jedoch solche Menschenmassen auf die  
Beine, daß die Polizei aus Verlehrsbedürfnissen diese  
Vorkämpfe unterjagen mußte.

**Zyphus-Dragedie.** Innerhalb acht Tagen hat  
die Stadt Leipzig den dritten kritisch verlaufenen  
Zyphusfall zu buchen. Nachdem in der vergangenen  
Woche der Leipziger Universitätsprofessor Wergensohn  
und seine 13-jährige Tochter an Zyphus gestorben  
waren, ist jetzt auch die zweite Tochter des Professors  
dem Zyphus erlegen. Auch die Gattin des Professors  
ist noch ans Krankenbett gekesselt. Die Familie hatte  
sich die Anstellung auf einer Babereise gekostet.

**Tragischer Abfluß eines Fluglages.** Ein  
schlimmes Ende fand der Flugtag in Sagan (Schle-  
sien). Der Fallschirmplott war kurzte infolge Ver-  
sagens des Fallschirms aus etwa 300 Meter Höhe  
ab und war sofort tot. Er hatte einen Genickbruch  
erlitten. Infolge des Unfalls wurden die weiteren  
Berechtigungen abgebrochen.

**Wie Ziemer Hochzeit machen.** Umwelt Pa-  
derborn waren letzter Tage zu einer Ziemerhochzeit  
hochzeit zehn Magen Ziemer eingetroffen. In der  
Freier hatten sich die braunen Geleiten ein Schwein  
für 180 Mark und den dazu gehörigen Schnaps ge-  
kauft. Eine Karte von Benhausen lieferte die Feuer,  
Wald loderten in der Abenddämmerung die Feuer,  
denn loderten in der Abenddämmerung die Feuer.  
Die  
Freierlichkeiten zogen sich mehrere Tage hin.

**Ein Bürgermeister, der nicht in seiner Stadt  
wohnen will.** Wie aus A. eine berichtet wird, hat  
die Stadt Meppen den in Deutschland wohl einzig da-  
stehenden Fall zu verzeichnen, daß ihr Bürgermeister,  
bereits seit 1923, nicht in der Stadt selber, sondern  
in Rheine wohnt. Das Meppener Bürgervereins-  
kollegium hatte sich jetzt abermals mit der Angelegen-  
heit zu befassen. Man stimmte einer entsprechenden  
Ergänzung des Ortsstatuts zu, die die Verpflichtung  
des Wohnanfehntals in Meppen festlegt. Trohaldem  
verhält sich der Bürgermeister ablehnend. Als Grund  
für seinen Standpunkt führt das Stadtoberhaupt ge-  
sundheitliche Rücksichten an. Die Angelegenheit soll  
nun im Verwaltungsausschuss seine Entscheidung  
finden.

**Eine Eifel-Geleitsbahn.** Wie aus Adenau  
gemeldet wird, hat auf der Harburg die Grund-  
steinlegung der geplanten Eifel-Geleitsbahn, die  
über 26 Kilometer führen soll, stattgefunden. Für die  
notwendende Durchführung der Eifel wird diese Geleits-  
bahn von der allergrößten Bedeutung sein.

**Vom Geiz gekraut.** An Unterernährung starb  
in London eine 70-jährige Greisin, die seit 30 Jah-  
ren das elendeste Dasein führte. Ihre unglückliche  
Wohnung einer näheren Prüfung unterzogen, fand  
man 6000 Pfund Sterling. Diese Summe hat sie  
testamentarisch zwei englischen Würdenträgern ver-  
erbt.

**Ein neues Erdbeben** wird aus den Abruzzen  
(Italien) berichtet. Der erste wellenförmige Stoß  
dauerte etwa 6 Sekunden. Er war besonders in der  
Umgebung von Fernia zu verspüren, wo zahlreiche  
Häuser beschädigt wurden und die Mauer einer Dorf-  
kirche einstürzte. In Sulmona war das unterirdische  
Geräusch so stark, daß die Bevölkerung vor Schrecken  
aus den Häusern auf die Straße flüchtete.

**Wahl in Stellvertretung.** Bei der Reichstags-  
wahl am 26. April erboten sich in Böhningen  
(Hannover) vier Personen, mehreren Einwohnern ge-  
genüber diese, da sie verhindert waren, an der Wahl-  
urne zu vertreten. Vor Gericht erklärten die Ange-  
schuldigten nun, sie hätten es nur gut gemeint und ge-  
sundheitlich zu erfüllen, die Angelegenheit zu erfüllen.  
Der Gemeindevorsteher, der sich auch unter den Angeklagten  
befand, erklärte das gleiche. Das Gericht ließ Milde  
erkennen und erkannte nur auf hohe Geldstrafen, ab-  
wohl unter erschwerenden Umständen Gefängnis bis  
zu drei Jahren für derartige Vergehen verhängt wird.

**Beträchtliche Steuerminderungen** sind, wie man  
aus Saarbrücken meldet, bei der Regierungskom-  
mission des Saargebietes aufgedeckt worden. Es sollen  
die Höhe von 620 000 Franken erreichen. Am  
schwersten belastet sind ein Steueramt, zwei Finanz-  
beamte und ein Kaufmann aus Saarbrücken. Von  
der Polizei sind bereits mehrere Verhaftungen vor-  
genommen worden.

**Schneeel im Schwarzwald.** Nachdem in den  
letzten Tagen aus den Höhen des Schwarzwaldes wie-  
derholt tiefstes Schneelodengereiselt niedergegangen  
war, hat, einer Meldung aus Freiburg zufolge,  
jetzt aus dem Feldberg bei unter dem Gefrierpunkt  
sindender Temperatur Schneeel eingest. Es wurde  
eine Schneedecke von 5 Zentimeter gemessen. Auch  
die anderen Höhen des Schwarzwaldes tragen zum Teil  
eine leichte Schneedecke.

**Eine Großtat für die erholungsbedürftige  
Jugend** ist dem Caritasverband zu danken. Vor zwei  
Jahren wurde durch ein Feuer das Jugendheim Jäger-  
matte auf dem Feldberg bei Freiburg im Breisgau  
eingeäschert. Der Caritasverband hat es mit großen  
Opfern wieder erheben lassen und dazu noch erweitert.  
Der Bau kostete 500 000 Mark. Das Haupthaus bietet  
Platz für 60 Kinder. Die Wohltäter dieses Heimes  
kommen in der Hauptkategorie Arbeiterindern zugute.

**Das nennt man Reinfall!** Zur Aufschwüfung  
der Reichenbachbrücke in München waren von der  
dortigen Stadverwaltung 25 000 Mark ausgelegt wor-  
den. Der Künstler, dem die Arbeiten zugeleitet, hatte  
nichts eiligeres zu tun, als damit einen — Stein-  
meißer zu betrauen, während er selber nach Paris  
fuhr, um dort das prächtige Honorar in Luft und  
Bergmünzen anzulegen. Von dem Steinmeißer wurden  
drei Statuen geliefert. Da jedoch der Künstler nicht  
zahlte, verweigerte der Steinmeißer die Ablieferung der  
vierten Figur, so daß die Stadt, die, was die Prozeß-  
sache betrifft, in ungünstiger Lage ist, wahrscheinlich  
gezwungen sein wird, den Betrag für die vier Statuen  
noch einmal zu bewilligen.

**Wie ein ehelicher Funder abgeheißt werden  
sollte.** Fast dauernd werden Fälle gemeldet, in denen  
man versucht, Funder größerer Summen auf lächerlichste  
Art abzuspülen. Einen dazwischen Beitrag hierzu  
meldet man aus Berchtesgaden (Bayern). Dort  
kam der Gattin eines reichen englischen Diplomaten  
eine Taube mit 14 000 Schweizer Franken abhanden.  
Ein Strafenlehrer fand die Taube, ging zur Polizei  
und wurde von ihr an die Verkäuferin gewiesen. Diese  
lud den ehelichen Mann zu einem Glas Bier ein.  
Als sie aber das Glas Bier als hinreichenden Funder-  
lohn betrachtete wissen wollte, warf ihr der Mann  
voller Empörung das leere Glas ins Gesicht, wobei  
die Engländerin durch die Scherben Verletzungen erlitt.  
Vom Gericht erhielt der Mann jetzt wegen Körperver-  
letzung 14 Tage Gefängnis bei dreijähriger Bewäh-  
rungsfrist. Die Engländerin aber wurde zur Zahlung  
des gesetzlichen Funderlohnes von 1400 Franken ver-  
urteilt. Um seine Ehre zu retten, übergab der Gatte  
der Engländerin dem Funder noch eine besondere Be-  
lohnung von 2000 Franken.



